


 Schweizerischer Gewerbeverband SGV  
 3001 Bern  
 031/ 380 14 14  
 www.sgv-usam.ch

 Medienart: Print  
 Medientyp: Fachpresse  
 Auflage: 108'536  
 Erscheinungsweise: wöchentlich

 Themen-Nr.: 377.9  
 Abo-Nr.: 377009  
 Seite: 5  
 Fläche: 39'528 mm<sup>2</sup>

**BERUFLICHE VORSORGE** - Der sgv wehrt sich gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene Neuregelung der Aufsicht, die der 2. Säule einen enormen Regulierungsschub bringen würde.

# Überladen statt entschlackt



Am 24. November deshalb auch sehr kritisch zu den 2010 sprach sich Vernehmlassungsentwürfen geäussert. Er fordert eine massive Entschlackung der Vorlagen und spürbar tiefere Aufsichtskosten.

chen Vorsorge verlangt wird. Gut so, könnte man meinen. Doch im Bundesrat weiss die eine Hand offenbar nicht, was die andere tut. Denn am genau gleichen Tag schickte die Landesregierung auch die aus seiner Sicht notwendigen Verordnungsanpassungen zur Strukturreform in der beruflichen Vorsorge in die Vernehmlassung, die vor neuen Auflagen und Regulierungen nur so strotzen und die eine deutliche Verteuerung der Aufsicht über die 2. Säule zur Folge hätten.

## Hohe Regulierungskosten

Dabei wäre genau das Umgekehrte angesagt. Der sgv hat im Frühjahr 2010 durch KPMG Deutschland sowie durch ein Institut der Hochschule St. Gallen die Regulierungskosten in der Schweiz messen lassen. Die Ergebnisse waren niederschmetternd: Die Regulierungskosten dürften rund 50 Milliarden Franken betragen. Solch hohe Kosten schaden der Prosperität unserer Wirtschaft. Das Vermeiden jeglicher neuer Auflagen und ein substantieller Abbau des existierenden Regulierungsdschungels tut dringend not. Die vorgeschlagene Neuordnung der Aufsicht über die berufliche Vorsorge liegt damit völlig quer in der Landschaft. Der sgv hat sich



*Und die Papierstösse wachsen, wachsen und wachsen...*

## Gesetzeswidrige Vorschriften

So verlangt der sgv unter anderem, dass die Vorsorgeeinrichtungen nicht gezwungen werden, ein Internes Kontrollsystem IKS einzurichten. Gerade für kleine und mittlere Vorsorgeeinrichtungen, die so oder so leicht zu überblicken sind, hätte eine solche Verpflichtung unverhältnismässige Mehrkosten zur Folge. Zudem ist es störend, dass plötzlich auf Ebene Verordnung aufwändige Kontrollmechanismen eingefordert werden, für die es weder eine Gesetzesgrundlage noch einen Auftrag des Parlaments gibt.

Klar gesetzeswidrig ist auch die urplötzlich erhobene Forderung, dass sich alle für die zweite Säule tätigen externen Vermögensverwalter der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht Finma zu unterstellen haben. Dabei hielt der Bundesrat in seiner Botschaft zur Strukturreform doch noch fest, dass er genau dies nicht wolle. Die wirtschaftlichen Auswirkungen wären einschneidend. Eine Finma-Unterstellung kann sich nicht jede Firma leisten, weshalb mit dem Verlust von einigen hundert Arbeitsplätzen zu rechnen wäre. Und vor allem verursacht eine Finma-Unterstellung mitsamt all den zu erfüllenden Auflagen wieder recht hohe Kosten. Dieses Geld wird letztendlich bei den Renten abgehen.

## Didier Burkhalter gefordert

Die Strukturreform in der nun präsentierten Form würde einen erneuten Kostenschub auslösen. Einerseits würde die Geschäftstätigkeit der Vor-

Datum: 04.03.2011

# SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung



 Universität St. Gallen

Schweizerischer Gewerbeverband SGV  
3001 Bern  
031/ 380 14 14  
www.sgv-usam.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Fachpresse  
Auflage: 108'536  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.9  
Abo-Nr.: 377009  
Seite: 5  
Fläche: 39'528 mm<sup>2</sup>

sorgeeinrichtungen aufwändiger und teurer, andererseits wird auch beantragt, die den Aufsichtsbehörden abzuliefernden Gebühren substantiell anzuheben. Auch dagegen wehrt sich der sgv. Nachdem im Vorfeld der Abstimmung über den Umwandlungssatz die Verwaltungskosten der zweiten Säule massiv ins Schussfeld der Kritik gerieten, kann es nicht angehen, nun erneut an der Kostenspirale zu drehen.

Noch besteht Hoffnung, dass man sich verwaltungsintern eines Besseren besinnt und die Vorlagen deutlich entschlackt werden. Federführend für das Geschäft ist nämlich FDP-Innenminister Didier Burkhalter. Dessen Partei sammelt zur Zeit Unterschriften für ihre Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!». Wenn es den Freisinnigen in ihrem Kampf gegen das «Bürokratie-Monster» ernst ist, werden sie sicher alles daran setzen, dass das Departement Burkhalter mit gutem Beispiel vorangeht und die Schlussfassungen der Verordnungen so ausgestaltet werden, dass der Vollzug der zweiten Säule nicht abermals komplizierter und teurer wird. Arbeitgeber, Versicherte und Kassenverantwortliche werden es ihnen zu danken wissen!

*Kurt Gfeller, Vizedirektor sgv*